

(Minister Dr. Behrens)

- (A) Dazu gehört die intensive Beteiligung an der rechtspolitischen Diskussion auf Bundesebene. Wir brauchen dort Initiativen zur Entlastung der Justiz, und zwar auf allen Wegen und in allen Aufgabenbereichen, und wir brauchen auch weitergehende Versuche und Modelle der außergerichtlichen Streitschlichtung. Ich glaube, das ist parteipolitisch völlig außer Streit. Der andere Teil der Doppelstrategie muß eben die Binnenmodernisierung, die bessere Ausnutzung der in der Justiz des Landes vorhandenen Ressourcen sein.

Gestern hat das Kabinett in diesem Zusammenhang eine weitere wichtige Entscheidung getroffen. Wir haben über das Kienbaum-Gutachten zum Strafvollzug entschieden und bringen auch hier einen weiteren wichtigen Bereich jetzt auf Wege der Modernisierung in einen Organisationsentwicklungsprozeß, in dem wir versuchen wollen, nicht nur mit weniger Personal, sondern auch mit anderen Arbeitsmethoden, mit einem anderen Selbstverständnis der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Probleme der Zukunft zu bewältigen.

Meine Damen und Herren, ich will das durchaus provokativ - ich bin mir dessen bewußt - mit dem Satz zusammenfassen: Wir brauchen künftig nicht mehr Justiz, auch nicht mehr Mitarbeiter, sondern wir brauchen andere Arbeitsweisen, wir brauchen weniger Justiz, wir brauchen eine bessere Justiz, eine modernere Justiz, die ihren Beitrag zu einer verlässlichen Rechtsgewährung am Standort Nordrhein-Westfalen leisten kann.

- (B)

Dieser Haushalt setzt Schwerpunkte, die hier in der Debatte zum großen Teil erwähnt worden sind. Er reagiert auch auf Herausforderungen der Zukunft, nämlich z. B. auf die ins Haus stehende Insolvenzrechtsreform durch Ausweisung zusätzlicher Stellen für diesen gewaltigen Berg an neuen Aufgaben.

Er berücksichtigt schwierigste Situationen beispielsweise in der Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte. Hier haben wir eine Belastungssituation erreicht, die unerträglich geworden ist: 110 000 nicht entschiedene Verfahren. Darauf muß der Minister, muß das Parlament reagieren. Das tun sie, indem sie kw-Vermerke aussetzen. Ich meine - und sage es ganz deutlich -, meine Damen und Herren, das kann in diesem Feld noch nicht das letzte Wort gewesen sein.

Die übrigen inhaltlichen Neuausrichtungen - Täter-Opfer-Ausgleich, Häftlingsbetreuung und anderes - sind angesprochen worden. Dies alles trägt dazu bei, die Justiz auf Zukunftspfade zu lenken,

ihr neue Wege in eine schwierige und herausfordernde Zukunft zu eröffnen. Ich danke Ihnen, daß es möglich war, diese Entscheidung mit dem Haushalt 1996 im großen und ganzen in doch erheblichem Konsens in der Sache, wenn auch nicht im Verfahren über die Bühne zu bringen. - Herzlichen Dank.

(C)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann darf ich die **Beratung beenden**.

Wir haben **abzustimmen** über den **Einzelplan 04** nach Maßgabe der Beschlußempfehlung - Drucksache 12/804 -. Ich darf Sie fragen, ob Sie dieser Beschlußempfehlung Ihre Zustimmung erteilen möchten. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Dann ist die Beschlußempfehlung in zweiter Lesung **angenommen** worden.

Ich rufe auf:

Einzelplan 09: Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten

(D)

Auch dazu gibt es eine Beschlußempfehlung - Drucksache 12/809 -.

Ich **eröffne** die **Beratung** und erteile als erster Rednerin Frau Kollegin Ilka Keller für die Fraktion der CDU das Wort. Bitte schön.

Ilka Keller (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Warum befindet sich der Ausschuß Europa und Eine-Welt-Politik immer noch in einem Aufgabenstellungsfindungsprozeß? Erstens, weil zum ersten Mal alle europapolitischen Ansätze aus allen Ministerien für die Haushaltsberatung zusammengefaßt werden mußten, und die Positionen waren überall versteckt. Zweitens, weil wir als Landesparlament unsere Vorstellungen deutlicher als bisher in die Abläufe einbringen sollten. Nur europapolitische Info-Börse zu sein, wäre zu kurz gegriffen. Nein, wir erwarten, daß wir, Herr Minister Dammeyer, in die Entscheidungsabläufe nicht nur eingebunden werden, sondern daß wir unsere Ziele formulieren können. - Fazit: Es ist großer Arbeitsveredelungsbedarf angesagt.

(Keller [CDU])

- (A) Vor ziemlich genau einem Jahr, meine Damen und Herren, hat die CDU-Landtagsfraktion hier im Haus eine Anhörung zum Thema Nordrhein-Westfalens Beitrag zur Eine-Welt-Politik durchgeführt. Eingeladen hatten wir damals alle führenden Vertreter der Welthilfsorganisationen, z. B. die Welthungerhilfe, das Komitee Kap Anamur, die Carl-Duisberg-Gesellschaft, die Konrad-Adenauer-Stiftung und zahlreiche kleine Nicht-Regierungsorganisationen.

(Unruhe - Glocke)

Einhellig waren alle Gruppen der Auffassung, daß im Bereich der Eine-Welt-Politik ein Umdenkungsprozeß eingesetzt hatte. Leitsätze, die bis vor wenigen Jahren noch Gültigkeit besaßen, wurden nach eingehender Prüfung durch neue, bessere Konzepte ersetzt.

Oberstes Prinzip ist nun die Hilfe zur Selbsthilfe geworden, und zwar auf allen Ebenen der Zusammenarbeit. Das bedeutet für die unterstützenden Länder und Organisationen eine projektbezogene Arbeit mit mehr Möglichkeiten und mehr flexibler Handlung, aber auch mit mehr Eigenverantwortung.

Die Hilfe zur Selbsthilfe hat sich bewährt und soll - das ist sicher der Wunsch von uns allen - die Eine-Welt-Politik in das neue Jahrtausend führen. Wenn wir heute über den Landeshaushalt sprechen, müssen wir diesen Grundsatz ebenfalls beherzigen. Das gilt nicht nur für die Projekte im Ausland, sondern auch für die Förderung von Nicht-Regierungsorganisationen hier im Land Nordrhein-Westfalen.

- (B) Deshalb sage ich in aller Deutlichkeit: Wer Schuldenabbau will, ohne die Kommunen noch mehr zu beuteln, muß die vorhandenen Haushaltsmittel mit größter Effizienz und Verantwortung einsetzen. Das bedeutet aber auch, daß wir alle Haushaltspositionen eingehend daraufhin prüfen müssen, ob sie auch wirklich ihren Nutzen erfüllen.

Darum haben wir drei Ihnen vorliegende Änderungsanträge eingebracht, um in diesem Sinne den haushaltspolitischen Maximen gerecht zu werden. Wir wollten erstens den Zuschuß für den Einsatz junger Menschen in den Entwicklungsländern erhöhen. Wir freuen uns sehr, daß nach zuerst ja bei Ihnen signalisierter Ablehnung die Landesregierung unseren Vorschlag nun aufgegriffen hat und den konkreten Friedensdienst noch stärker fördern will.

(C) Die CDU-Fraktion hält diese Haushaltsposition für eine sehr wichtige und ausbaufähige Maßnahme, und zwar aus folgenden Gründen:

Zum ersten dient dies der Persönlichkeitsentwicklung und politischen Bildung der jungen Teilnehmer. Zugleich wirken deren Erfahrungen auf ihre unmittelbare Umgebung weiter. Insofern ist diese Haushaltsposition ebenso wie der Titel "Zuschüsse für Maßnahmen der technischen Zusammenarbeit im Ausland" als Multiplikator für Bewußtseinsbildung und Problemlösungskompetenz anzusehen.

Es ist die vornehmste Aufgabe des Landes Nordrhein-Westfalen, die kleinen und ehrenamtlichen Eine-Welt-Organisationen zu fördern und damit ein Netzwerk aus Eigeninitiative zu schaffen. Dies ist besonders wichtig, weil es in der Natur dieser Organisationen liegt, daß sie als private Initiativen einen höheren Grad an Flexibilität besitzen. Hier müssen nicht erst langwierige Abläufe erstellt und geregelt und nicht endlose Genehmigungsverfahren durchlaufen werden.

(D) Bürokratische Strukturen, wie wir sie demnächst vielleicht aufgrund des Antrags "Flächendeckende Einrichtung von sogenannten Eine-Welt-Promotorinnen und -promotoren" vorfinden werden, halten wir nicht gerade für konstruktiv. Denn es bringt nichts, neue Planstellen mit Kosten von 1,5 Millionen DM zu schaffen, von denen wir nicht wissen, ob wir sie langfristig überhaupt bezahlen können oder ob sie ihrem Zweck überhaupt gerecht werden. Wir handeln uns damit eine neue Stufe der Bürokratisierung ein, von der in absehbarer Zukunft jeder behaupten wird, er habe sie eigentlich nicht gewollt. Anstatt Strukturen schlanker und effizienter zu machen und die Bürger von finanziellen Belastungen zu befreien, wird hier in einem neuen Bereich ein Apparat zusätzlich aufgebaut und mit 1,5 Millionen DM aufgebläht. Hier wird eigene Klientel bedient. Dieses Modell ist in der Tat nicht ausgereift.

Das gilt gerade angesichts der Tatsache, daß im Zuge der Ausgleichsmaßnahmen für die Region Bonn dort ein Nord-Süd-Zentrum eingerichtet werden soll. Wer verantwortungsvolle Politik betreibt, mußte zunächst das Vorhandene bündeln und koordinieren, um effektiv arbeitende Zentren zu schaffen.

Weiter sind wir sehr erstaunt, daß der Titel "Zuschüsse für Projekte im Ausland" von 4,5 Millionen DM auf 5 Millionen DM erhöht wird. Herr Martsch, ich verstehe durchaus Ihr persönli-

(Keller [CDU])

- (A) ches Engagement für Kurdistan: Sie waren sehr überrascht, daß die Mittel zunächst gestrichen werden sollten, und haben sich mit Vehemenz dagegen gewandt. - Ich denke aber, solange Kurden wie in Bonn am letzten Wochenende auf eine solche Art bei uns demonstrieren können, daß dabei 25 Polizisten krankenhausreif geschlagen werden und Bürger vor ihren demolierten Geschäften stehen, muß man wirklich hinterfragen, ob das alles richtig ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Frau Kollegin Keller, darf ich Sie einmal unterbrechen?! Herr Kollege Martsch hat darum gebeten, eine Zwischenfrage stellen zu dürfen. Lassen Sie sie zu?

Ilka Keller (CDU): Ja, natürlich.

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Bitte schön!

- (B) **Siegfried Martsch**^{*)} (GRÜNE): Sehr verehrte Frau Kollegin, ist Ihnen bekannt - ansonsten bitte ich, es zur Kenntnis zu nehmen -, daß die Demonstration am Samstag in Bonn und das, was dort geschehen ist, auch von mir auf das entschiedenste verurteilt wird - das dürfte selbstredend klar sein -, daß das aber nichts mit einer humanitären Hilfe für die Kurden im Nordirak - in Bonn waren es Kurden aus der Türkei - zu tun hat, die diese Hilfe bitter nötig haben? Ich bitte, dieses nicht durcheinanderzuwerfen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ilka Keller (CDU): Herr Martsch, ich habe zwar Ihre Fragestellung nicht verstanden, unterstelle Ihnen aber, daß Sie das, was in Bonn passiert ist, natürlich als sehr verwerflich empfinden. Dann aber sollten Sie Ihren Einfluß dahin geltend machen, daß solche Sachen bei uns im Lande unterbleiben, schon gar, wenn man weiterhin sehr daran interessiert ist, unser gutes Geld zu bekommen.

Einen Sockelbetrag von 350 000 DM für das Promotorenmodell sind wir bereit, mitzutragen, weil auch wir meinen, daß ein Koordinierungsangebot im kleineren Rahmen selbstverständlich Sinn

(C) macht. Allerdings dürfen Eigenbeteiligung und ehrenamtliches Engagement nicht darunter leiden.

Die CDU-Fraktion hat keinen Anlaß, von der bewährten Haltung abzurücken, nationalen und internationalen Selbsthilfewillen zu mobilisieren. Wir legen den Schwerpunkt der Förderung weiterhin auf Nicht-Regierungsorganisationen und damit auf das Engagement unserer Bürger und Bürgerinnen, die in hohem Maße bereit sind, sich einzubringen. Für uns im Lande ist es in Zukunft sehr wichtig, daß wir die Bürger und Bürgerinnen möglichst einbinden, damit sie unmittelbar davon Kenntnis nehmen, daß das, was sie gutwillig an Geld investieren wollen, optimal genutzt wird. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Danke schön. - Ich darf jetzt Herrn Kollegen Heckelmann für die SPD-Fraktion das Wort erteilen.

Erich Heckelmann (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich denke, ich sollte zu dem eigentlichen Anlaß der jetzigen späten Stunde - wenn auch verkürzt - sprechen, nämlich zum Einzelplan 09 und nicht zum Einzelplan 02, der, verehrte Frau Kollegin Keller, schon längst abgehandelt war.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

(D) Ich glaube, er war schon im Laufe des frühen Nachmittags als erledigt zu betrachten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, am Ende dieses Monats werden für die Entwicklung der Europäischen Union und für die Bürgerinnen und Bürger im vereinten Europa wichtige Entscheidungen getroffen und Weichen gestellt. Mit der Regierungskonferenz, die ab 29. März in Turin stattfindet, wird darüber entschieden, ob unser Europa der Zukunft bürgernah und handlungsfähig bzw. bürgernäher und handlungsfähiger wird. Europa wird nämlich nur dann gewinnen, wenn die Menschen die Diskussion über diese Fragen auf europäischer Ebene nachvollziehen können.

Heute, verehrte Kolleginnen und Kollegen, diskutieren und entscheiden wir in zweiter Lesung über den ersten Haushalt des nordrhein-westfälischen Europaministeriums. Es war ein wichtiger und richtiger Schritt, bei der Regierungsbildung im

(Heckelmann [SPD])

- (A) größten und bevölkerungsreichsten Land in Deutschland dieses Ministerium einzurichten.

Die Haushaltsansätze des Europaministers sind bescheiden. Dennoch haben wir Akzente gesetzt, indem wir die Europäische Bewegung Nordrhein-Westfalens und die Europaunion Nordrhein-Westfalens stärker unterstützen und das Ministerium in seiner Informationsarbeit stärken wollen. An dem Einzelplan 09 läßt sich jedoch die Bedeutung Europas für das Land Nordrhein-Westfalen nicht allein messen. Hinzugenommen werden müssen die Haushalte des Ministeriums für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr, des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie die europäischen Ansätze in den Einzelplänen der anderen Ressorts.

Der Präsident der Europäischen Kommission, Jacques Santer, hat Ende Januar einen europäischen Vertrauenspakt für die Beschäftigung vorgelegt. Darin schlägt er die Mobilisierung der Sozialpartner, neue Initiativen der Kommission und eine beschäftigungswirksame Ausgabenpolitik vor. Hierbei soll die strikte Haushaltskonsolidierung durchgehalten werden. Die eindeutige Ausrichtung der europäischen Politik auf eine Politik, die Arbeitsplätze sichert und schafft, ist vor dem Hintergrund der Skepsis vieler und der hohen Arbeitslosigkeit in den Mitgliedstaaten ein wichtiges Signal für die Europapolitik, die die Probleme der Menschen erkennt und die handelt. Es ist wichtig, daß unsere Bürgerinnen und Bürger dies erfahren.

- (B)

Wenn wir als Landesparlament in Nordrhein-Westfalen, die wir uns mehrfach gemeinsam zur Europäischen Union bekannt haben, dies auch gemeinsam tragen, müssen wir diese Information weitergeben, damit die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes die wichtigsten Schritte zur weiteren Integration der Europäischen Union auch nachvollziehen können.

Wir haben das im Rahmen der Haushaltsberatung in aller finanziellen Bescheidenheit im Einzelplan 09 umzusetzen versucht. Deshalb darf ich Sie, um es verkürzt zu sagen, um Zustimmung zu dem Beschlußentwurf Drucksache 12/809 des Haushalts- und Finanzausschusses und zum Beratungsergebnis des Ausschusses für Europa- und Eine-Welt-Politik gemäß der Vorlage 12/426 - Neudruck - bitten. - Herzlichen Dank für Ihr Zuhören.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich darf Frau Kollegin Koczy von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bitten, das Wort zu nehmen. (C)

Ute Koczy (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Keller, Sie haben mich etwas verblüfft, daß Sie jetzt zum Einzelplan 02 und nicht zum Einzelplan 09 gesprochen haben. Da ich weiß, daß Sie zu Europa immer sehr viele Worte finden, nehme ich an, daß das ein Versehen war. Auf der anderen Seite hat es mich schon interessiert, was Sie zu Eine-Welt-Promotorinnen zu sagen haben. Ich halte es für wichtig, hier noch einmal darauf hinzuweisen, daß wir gern bereit sind, darüber auch weiterhin mit Ihnen zu diskutieren, weil diese Eine-Welt-Promotorinnen auch im Interesse vieler Gruppen sind, die der CDU sehr nahe stehen und die zum Beispiel auf kirchlicher Ebene eine große Bedeutung haben. Ich möchte Sie bitten, sich dort auch noch einmal kundig zu machen, wie die Situation im Lande aussieht. Es gibt ein sehr großes Interesse auch von Gruppen, die Ihnen nahe stehen, daß diese Initiative zum Tragen kommt.

Nun zum Thema! Wir haben uns über den Einzelplan 09 - Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten - zu unterhalten. Damit ist schon ausgesagt: Das Thema Europa wird in Nordrhein-Westfalen sehr ernst genommen. Es ist auch richtig, dem Thema Europa einen wichtigen Platz einzuräumen. Das ist in diesem Lande jetzt durch die Einrichtung eines regulären Ausschusses und die Errichtung des Ministeriums für Bundes- und Europaangelegenheiten geschehen. Damit ist dokumentiert, daß NRW in immer stärkerem Maße der europäischen Diskussion Raum geben will - eine wesentliche Entscheidung, die die Rolle Nordrhein-Westfalens in Europa positiv stärken wird. (D)

Vieles, was hier zu organisieren wäre, befindet sich sicherlich noch in den Anfängen, muß erst noch wachsen. Aber die Grundlagen dafür sind auch mit diesem Haushalt gelegt worden.

In ganz deutlicher Weise betrifft das zum Beispiel die Wirtschafts- und Währungsunion, die ich in meiner Haushaltsrede als wichtigen Arbeitsauftrag hervorheben möchte. Viel ist es ja nicht, was man dazu im Rahmen des Haushalts sagen kann, aber dennoch ist dieser Punkt sehr wichtig.

100 000 DM sollen in diesem Jahr ausgegeben werden, um die Bürgerinnen und Bürger über die Veränderungen in Europa besser zu informieren;

(Koczy [GRÜNE])

- (A) denn gerade hier ist Öffentlichkeitsarbeit dringend notwendig. Wir müssen die Entscheidungen über europäische Fragen transparent gestalten, müssen sie für die Bürgerinnen und Bürger in diesem Lande nachvollziehbar machen. Daß dies wünschenswert ist, brauche ich hier nicht ausgiebig zu betonen.

Wer sich kundig gemacht hat, weiß, daß die Frage des Euros ganz entscheidend ist. Risiken und Nebenwirkungen bei der Einführung des Euros sollten ebenso offen ausgesprochen werden, wie über Vorteile und Erleichterungen einer Währungsunion diskutiert werden darf.

Meine Damen und Herren, zu dieser vorgerückten Stunde will ich meine Redezeit nicht weiter ausnutzen. Wir haben ja auch schon einige wichtige Punkte im Zusammenhang mit der Regierungskonferenz 1996 diskutiert. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Danke schön. - Herr Prof. Dr. Dammeyer, ich darf Ihnen als Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten das Wort erteilen.

(B)

Dr. Manfred Dammeyer,¹⁾ Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Zusammenhang mit den Haushaltsplanberatungen habe ich zu drei Aspekten Bemerkungen zu machen.

Das erste ist: Das Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten hat die Interessen des Landes Nordrhein-Westfalen zu vertreten - im Bundesrat, gegenüber der Bundesregierung, gegenüber dem Bundestag, gegenüber und gemeinsam mit den anderen Ländern, gegenüber den Behörden, Instanzen und Institutionen der Europäischen Union. Das alles müssen und werden wir in Nordrhein-Westfalen tun, und zwar selbstbewußt, aber nicht überheblich.

Vor diesem Hintergrund ist auch klar, daß das Land Nordrhein-Westfalen nach dem Umzug der Bundesregierung und des Bundestags in Berlin vertreten sein muß. Wir werden diese Vertretung im Geleitzug mit den anderen deutschen Ländern wahrnehmen, nicht weniger als die anderen Länder - selbstbewußt, aber nicht überheblich.

Meine zweite Bemerkung zielt darauf ab, daß wir uns bei den diesjährigen Haushaltsberatungen

zum ersten Mal über die europapolitischen Ansätze in den diversen Etats unterhalten haben. Das müssen wir fortsetzen. Ich glaube, daß es richtig ist, sich anzusehen, was in den verschiedenen Haushalten dazu enthalten ist. Das ist gut, das ist notwendig, das ist zukunftssträchtig. Ich glaube, daß Frau Keller auch das gemeint hat, als sie von einem Arbeitsveredelungsbedarf gesprochen hat. Ich finde, das ist ein sehr schönes Wort.

Meine dritte Bemerkung zielt darauf ab, daß die europäische Integration nicht nur eine große Idee ist und eine große Verpflichtung, die gerade die Deutschen aus ihrer Geschichte haben, sondern daß dies natürlich auch eine ganze Menge an Problemen in sich birgt; denn große Ideen in kleine Münze umzusetzen, birgt nicht nur große Freude, sondern hat eine Vielzahl von Problemen, die im Alltagsgeschäft bewältigt werden müssen.

In den nächsten Jahren werden sich Entscheidungsprozesse der europäischen Integration schürzen, zusammenfassen und zusammenfallen, und aus diesem Grunde werden wir uns darauf einzustellen haben: Da sind die Ergebnisse der Regierungskonferenz; da sind die Beratungen zur Währungsunion; da ist die Umstrukturierung der Strukturfonds; da ist die Agrarförderung; da ist die Mittelmeerpolitik; da ist die Osterweiterung; da sind die Eigenmittel, also die Finanzierung der Europäischen Union. Alle diese Fragen werden im Laufe der nächsten zwei, drei Jahre zu entscheiden sein. Wir haben darüber schon anlässlich der Debatte über die Stellungnahme des Landtags zur Regierungskonferenz beraten. Wir werden das auch künftig weiterhin tun.

Aber es wird erforderlich sein, daß zu allen diesen Punkten nicht nur richtige Politik gemacht wird, wobei man sich dann auch darüber streiten mag, was davon richtig und was davon falsch ist, sondern es wird ebenfalls und gerade darauf ankommen, daß die Menschen, die von diesen Entscheidungen betroffen sind, diese Entscheidungen als die ihren begreifen, aufnehmen und sich mit ihnen als ihren eigenen Problemen beschäftigen können.

Ich glaube, daß wir da eine große Verpflichtung haben. Es wird nicht nur ausreichen, eine gute Politik zu machen, sondern die Menschen müssen die Chance erhalten, diese Politik auch als die ihre zu begreifen. Ich denke, daß uns dazu eine ausführliche europapolitische Diskussion sowieso in den nächsten Jahren treffen wird. Wir müssen uns darauf vorbereiten und einrichten. Dazu liefert dieser Haushalt - Kollege Heckelmann hat vorhin darauf hingewiesen - eine Reihe von Ansatzpunk-

(C)

(D)

(Minister Dr. Dammeyer)

- (A) ten. Ich bedanke mich ausdrücklich dafür und setze darauf, daß wir die inhaltliche europapolitische Diskussion in den nächsten Jahren ausführlicher führen werden.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich schließe hiermit die Beratung.

Wir haben **abzustimmen** gemäß der Beschlußempfehlung Drucksache 12/809. Wer ihr zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Die Beschlußempfehlung ist in zweiter Lesung **angenommen**.

Ich rufe **Nummer 9** auf:

Einzelplan 13: Landesrechnungshof

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung Drucksache 12/813 und **eröffne** hiermit die **Beratung**.

Für die Fraktion der CDU erteile ich Herrn Kollegen Breuer das Wort.

(B)

Michael Thomas Breuer (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Landesrechnungshof Nordrhein-Westfalen ist eine selbständige oberste Landesbehörde und als unabhängiges Organ der Finanzkontrolle nur dem Gesetz unterworfen. Im Rahmen seiner gesetzlichen Aufgaben unterstützt er insbesondere den Landtag bei seinen Entscheidungen.

Die Selbständigkeit und die Unabhängigkeit - so wie hier aus Art. 1 § 1 des LRH-Gesetzes zitiert - sehen wir schleichend unterhöhlt. Deswegen will ich begründen, warum wir hier dem Einzelplan 13 nicht zustimmen werden. Ich will dies in aller Kürze tun, weil wir zwischen den Fraktionen vereinbart haben, die wesentlichen Punkte eben nur ganz kurz zu skizzieren.

Der erste Grund, weshalb wir dem Einzelplan 13 nicht zustimmen können, ist der, daß es eine Änderung bei der Besetzungssperre gegeben hat. Sie, meine Damen und Herren, wissen, daß bislang zwei Ausnahmen hinsichtlich der Wiederbesetzungssperre üblich waren. Das betraf den Haushalt des Landtags, die Stellenbesetzung des Landtags, und es betraf Einzelplan 13 bzw. alle Personalbesetzungen, die in diesem Zusammen-

hang zu sehen sind. Das wird dieses Mal, laut Finanzminister, geändert. Wir wollen an dem alten, an dem bewährten System, das Ausdruck der Unabhängigkeit und der Selbständigkeit des Landesrechnungshofs ist, festhalten, und wir halten das, was hier von der Landesregierung vorgeschlagen wird, für falsch.

(Beifall bei der CDU)

Ich nenne einen zweiten Punkt: Das ist die seitens des Landesrechnungshofs beantragte Erhöhung der Gutachtermittel. Wir sind der Überzeugung, daß es für den Landesrechnungshof Spielraum geben muß, weitere Gutachten anzufordern. Das darf eben nicht daran scheitern, daß bestimmte Prüfungsfeststellungen, bestimmte Prüfungsverfahren hintanstehen, weil finanzielle Möglichkeiten nicht gegeben sind. Wir begrüßen den Ansatz des Landesrechnungshofs, der hier einen Alternativvorschlag erarbeitet hat, und stimmen diesem Alternativvorschlag des LRH ausdrücklich zu.

(Beifall bei der CDU)

Auch da, meine Damen und Herren, haben die Kollegen der SPD und der GRÜNEN eine andere Haltung. Wir werden aus dem genannten Grund dem Einzelplan 13 nicht zustimmen.

Ich will Ihnen heute schon ankündigen, daß wir sicherlich am Freitag über einen weiteren Punkt nachdenken werden. Im Unterausschuß Personal bzw. im Haushalts- und Finanzausschuß wird ja empfohlen, Stellenzugänge bei Einzelplänen durch Ausbringung von kw-Vermerken in allen Einzelplänen auszugleichen. Auch wenn auf den Landesrechnungshof nur eine einzige Stelle entfällt, werden wir - das kann ich heute schon ankündigen - darüber nachdenken, ob wir diesem dann veränderten Stellenplan so zustimmen werden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile Herrn Kollegen Grevener für die Fraktion der SPD das Wort.

Walter Grevener (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Situation beim Landesrechnungshof hat sich gegenüber den früheren Jahren wesentlich geändert. Wir haben dem Landesrechnungshof durch ein neues Gesetz einen eigenen Behördenunterbau, die Rechnungs-

(C)

(D)